

Michael Brie

Linksliberal oder dezidiert sozialistisch?



**Strategische Fragen linker Politik
in Zeiten von Krieg und Krise**

VSA:

Eine Flugschrift

Michael Brie
Linksliberal oder dezidiert sozialistisch?

Michael Brie ist Sozialphilosoph. Er hat in Leningrad und Ost-Berlin studiert und an der Humboldt-Universität 1980 promoviert sowie 1985 habilitiert. Im September 1990 wurde er zum Professor für Sozialphilosophie berufen. Zwischen 1994 und 1999 realisierte er Forschungsprojekte zur Transformation in der Russländischen Föderation. Von 1999 bis zur Berentung 2019 arbeitete er als Geschäftsführer der Rosa-Luxemburg-Stiftung bzw. als Leiter des Studienwerks und des Auslandsbereichs sowie als Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse dieser Stiftung und war Referent für Geschichte und Theorie des Sozialismus an diesem Institut. Von 2019 bis 2023 war er Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Stiftung. In den Jahren 2022 und 2023 hat er die beiden Bücher »Sozialismus neu entdecken« und »Chinas Sozialismus neu entdecken« im VSA: Verlag Hamburg veröffentlicht. Er war Mitglied der verschiedenen Programmkommissionen der PDS und der LINKEN.

Heinz Bierbaum ist promovierter Soziologe und Wirtschaftswissenschaftler, Mitherausgeber der Zeitschrift Sozialismus.de. Von 1996 bis 2009 lehrte er als Professor für Betriebswirtschaft an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes, 2009 zog er als Abgeordneter der Partei DIE LINKE in den saarländischen Landtag ein, dem er bis 2017 angehörte. Von Dezember 2019 bis Ende 2022 war er Vorsitzender der Partei der Europäischen Linken. Seit 2022 ist er Vorstandsvorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Ines Schwerdtner ist Politikwissenschaftlerin und Publizistin, sie war bis zum Sommer 2023 Chefredakteurin der deutschsprachigen Ausgabe der Zeitschrift Jacobin.

Michael Brie

Linkoliberal oder dezidiert sozialistisch?

Strategische Fragen linker Politik
in Zeiten von Krieg und Krise

Eine Flugschrift

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de
www.rosalux.de

Die Drucklegung wird finanziell gefördert
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

© VSA: Verlag Hamburg 2024, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Umschlagfoto: Flickr-Die Linke, Foto: Martin Heinlein
Druck und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH
ISBN 978-3-96488-215-8

Inhalt

Der Unterschied liegt nicht im Was, sondern im Wie	7
Wie man eine Partei zerstört	26
Im Krieg den Frieden vorbereiten	28
Was tun in Zeiten des Krieges	34
Eine Partei macht sich überflüssig	39
»Das Ziel muss eine linke Volkspartei sein«	42
Interview, geführt von Loren Balhorn	
Die Klassenfrage ist das Modernste	53
Heinz Bierbaum/Michael Brie	
Wider den interimperialen Krieg!	62
Heinz Bierbaum/Michael Brie	
Die Linke und der Ukraine-Krieg	68
Heinz Bierbaum/Michael Brie	
Für eine konstruktive Erneuerung der Partei DIE LINKE. Eine Antwort auf Mario Candeias	73
Michael Brie/Ines Schwerdtner	
Sieben Gründe, Lenin nicht den Feinden zu überlassen	79
Zum 100. Todestag, Januar 2024	
Linksliberal oder dezidiert sozialistisch?	89
Eine Replik auf Jan Schlemmermeyer	
Von den Schwierigkeiten der Linken, gegen den Sturm zu segeln	97
Literatur	115
Textnachweise	122

Der Unterschied liegt nicht im Was, sondern im Wie

Die nachfolgenden Texte sind in den letzten zwei Jahren entstanden. Sie sind Ausdruck einer dreifachen Verzweiflung. Es ist erstens die Verzweiflung angesichts der Kriege in der Ukraine und Russland sowie in Palästina und Israel und dem Fehlen einer wirksamen Friedensbewegung. Zweitens verzweifle ich, weil ich sehe, wie die notwendige ökologische Revolution, um die extraktive, imperiale Produktions- und Lebensweise zu überwinden, blockiert wird. Und drittens erfasst mich Verzweiflung, weil es in dieser Zeit des Kriegs- und Katastrophenkapitalismus keine starke politische Gegenkraft gibt, die den Kampf für Frieden, Erhaltung der Natur und soziale Gerechtigkeit mit einer sozialistischen Perspektive verbindet und so dem liberalen Mainstream und der neuen extremistischen Rechten eine solidarische Alternative entgegensetzt.

Wenn die Lage aber derart verzweifelt ist, gibt es auch Grund zur Hoffnung. Denn wenn ein »Weiter-so« nicht erst in die Katastrophe führt, sondern sie selbst schon ist, dann kann man daraus auch den Schluss ziehen, dass das einzig Vernünftige der Bruch mit dem »Weiter-so« ist. Aus der Verzweiflung kann Entschlossenheit wachsen. Angesichts der Gefahren eines immer rascher entfeselten neuen Kalten Kriegs, eines offen kannibalistischen Kriegs- und Katastrophenkapitalismus (Fraser 2022) und der möglichen Selbstvernichtung der Menschheit (Müller et al. 2022) wird erneut wahr, was Walter Benjamin 1940 aufschrieb, als das nationalsozialistische Deutschland ganz Europa in ein Sklavenhaus zu verwandeln suchte: Wir leben in einer »Katastrophe in Permanenz« (Benjamin 1991: 437). Um diese Katastrophe zu beenden, »Rettung« zu finden, wird »der feste, scheinbar brutale Zugriff« (ebd.: 592) gebraucht. Der rettende Messias als Symbol für die Umkehr, den Benjamin anrief, könnte in der Tür stehen. Aber wer, zum Teufel, kann fest zugreifen und ihm die Tür öffnen? Die Not kann in

einem Satz ausgedrückt werden: »Es ist die glaubwürdige Alternative, die fehlt«, so Klaus Dörre (2021: 13).

Wenn wir tatsächlich mit einer »Katastrophe in Permanenz« konfrontiert sind, dann ist das Ausharren in dieser Katastrophe, die Hinnahme des »Weiter-so« keine Option. Die letzten Jahre sahen eine breite Klimabewegung, wir beobachteten soziale Proteste aus allen Teilen der Bevölkerung, wir nehmen teil an den mühseligen Versuchen, den Protesten gegen die Kriege Ausdruck zu verleihen. Die Mehrheit der Bevölkerung weiß um die Katastrophe des »Weiter-so«. Es ist die populistische bis hin zur extremen Rechten, die dieses Gefühl und Wissen usurpiert, vermarktet und in eigenen Machtzuwachs verwandelt, indem sie ein imaginäres Zurück propagiert. Sie präsentiert sich als Systemalternative und ist doch nur die rassistische menschenverachtende Gestalt des »Weiter-so« und wartet hinter den Kulissen bereits mit einer radikalisierten Variante des privatisierungswütigen Neoliberalismus und einer verschärften Form der Elitenherrschaft auf.

Eine Situation der Krise als »Katastrophe in Permanenz« ist eine Situation, wo nach Möglichkeiten des Eingreifens gesucht werden muss. In der Antike stand für den Augenblick des möglichen gelingenden festen Zugriffs der Gott Kairos. Schon die Griechen wussten aber, wie schnell er vorbeirast und man ihn nur packen kann als gute Gelegenheit, wenn er sich gerade nähert, nicht aber, wenn er einen hinter sich gelassen hat. Deshalb kommt es auf die Vorbereitung an. Erinnert wird an den Wagenlenker, den Faustkämpfer, die beide innehalten, bevor sie die entscheidende Wendung, den siegreichen Schlag ausführen. Damit steht die Frage der Organisation, um sich auf das gelingende Eingreifen vorzubereiten (zu den Problemen siehe Neupert-Doppler 2019: 287–294).

Die Organisationsfrage betrifft einerseits das Zusammenwirken verschiedener Akteure der breiteren Linken. Ende der 2000er-Jahre entstand das Konzept der Mosaik-Linken (Urban 2009a). Diese Mosaik-Linke hat vieles bewegt, aber keinen Durchbruch erzielen können, nicht in der Finanz- und Wirtschaftskrise und nicht danach. Eine gemeinsam für einen Rich-

tungswechsel wirkende Gruppe von Akteuren ist nicht entstanden. Die Organisationsfrage betraf aber auch DIE LINKE. Der Versuch, die Partei DIE LINKE in eine »klassenverbindende Partei« zu verwandeln, ist vorläufig gescheitert. In ihr dominieren heute bewegungsorientierte Aktivisten und staatsnahe Reformer. Die nichtakademische lohnarbeitende Klasse ist außen vor. In ihrer Mitgliedschaft ist sie fast überhaupt nicht, in ihrer realen Wählerschaft kaum noch vertreten, in ihren Führungsgruppen schon gar nicht. In den entscheidenden Fragen werden in der LINKEN gegensätzliche Positionen vertreten. Eine gemeinsame geistige Grundlage, die erst Voraussetzung zur Entwicklung von Lösungsstrategien wäre, fehlt.

Die Folgen dieses Versagens der Linken sind verheerend: Jedes Mal in den letzten fünfzehn Jahren blieb der feste Zugriff von links aus, konnte die herrschende Klasse das »Weiter-so« fortsetzen, wenn auch modifiziert. Einzelne Ansätze sozialer und ökologischer Bewegungen wurden aufgegriffen, mehr noch aber die von rechts. Sie wurden in die neuen Herrschaftsprojekte integriert, die heute miteinander konkurrieren, und dem Primat von Kapitalakkumulation und Konkurrenz untergeordnet. Global wurde der Weg zur neuen Konfrontation eingeschlagen. Die dadurch ausgelöst oder geförderten Kriege drohen, jedes andere Ziel ad absurdum zu führen.

Auch für die Linke in Deutschland gilt: Es ist Zeit innezuhalten, sich zu besinnen, strategisch zu orientieren und auf neue Weise zu organisieren. Der von Sahra Wagenknecht seit Langem eingeschlagene Weg hat jetzt zur Gründung einer neuen Partei geführt, die nicht links und schon gar nicht sozialistisch sein will. Zugleich werden durch diese Partei in der sozialen und Friedensfrage oder auch mit Blick auf die EU Positionen formuliert, die für linke Politik von Bedeutung sind.¹ Ob DIE LINKE ihre Rolle neu bestimmen kann, ist offen. Mir

¹ Gegenstand dieser Flugschrift ist nicht das BSW und sind auch nicht die zuvor von Sahra Wagenknecht bezogenen Positionen (siehe die Analyse unter dem Aspekt der sozialen Frage in Wiethold 2021).

scheint aus allen bisherigen Erfahrungen aber eines sicher: Ohne eine linke Partei mit klarer sozialistischer Orientierung kann die gesellschaftliche Linke keine Kraft werden, die den Kairos zu nutzen vermag.

Immer wieder wurde durch DIE LINKE auf die SPD und dann auf sie gemeinsam mit den Grünen gesetzt. Es war auf die Linksverschiebung vor allem in der SPD gehofft worden. Dabei kann nicht übersehen werden: Es war der zweite Bundeskanzler der SPD, Helmut Schmidt, der die sozialdemokratische Reformära beendet und die liberal-konservative Wende und neue Aufrüstung vorbereitet hat. Es war der dritte Bundeskanzler der SPD, Gerhard Schröder, der gemeinsam mit den Grünen Deutschland in den Angriffskrieg auf Serbien geführt und den neoliberalen Durchbruch organisiert hat. Und es ist der vierte Bundeskanzler der SPD, Olaf Scholz, unter dessen Führung endgültig mit dem Erbe von Willy Brandts Entspannungspolitik gebrochen und Deutschland »kriegstüchtig« gemacht wird. Angesichts derartiger Ent-Täuschungen kann man entweder das Projekt einer parteipolitischen linken Alternative für immer ad acta legen oder aber an ihrer Erneuerung arbeiten.² Diese Flugschrift mit gesammelten Artikeln und Aufsätzen setzt sich für die Erneuerung ein. Dazu im Weiteren einige wenige Thesen, die sich ausschließlich auf zentrale inhaltliche Bruchpunkte konzentrieren, entlang derer DIE LINKE auch nach der Gründung des BSW (Bündnis Sahra Wagenknecht) gespalten ist.

Wer glaubt, mit der Gründung des BSW habe sich die Lage in der LINKEN geklärt und eine neue Einheit zöge ein, der irrt sich. Das Gegenteil wird der Fall sein. Die Wahl der Vorsitzenden der Gruppe der LINKEN im Bundestag gibt einen Vorgeschmack. Die Auseinandersetzung mit Sahra Wagenknecht hat über lange

² Grundpositionen einer solchen Erneuerung wurden von einer Arbeitsgruppe des Vorstands der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Frühjahr 2022 erarbeitet, an der ich beteiligt war. Meines Erachtens sind darin wesentliche Punkte einer konstruktiven Erneuerung der LINKEN zusammenfassend auf den Punkt gebracht. Die Thesen sind online zugänglich (Arbeitsgruppe des Vorstands der Rosa-Luxemburg-Stiftung 2022).

Zeit die Bearbeitung der Frage blockiert, was es heißt, heute linke Politik vom Standpunkt der lohnarbeitenden Klasse mit sozialistischem Ziel zu gestalten und die Welt der Arbeit, der lohnarbeitenden Arbeit wie der unbezahlten Arbeit von Erziehung bis Pflege, ins Zentrum zu rücken. Die offene Auseinandersetzung zwischen den linksliberalen und den sozialistischen Strömungen in der Partei konnte nicht geführt werden. Der Umstand, dass die Austrittswelle nach Gründung des BSW begrenzt blieb, könnte der Tatsache geschuldet sein, dass gerade jene mit dezidiert sozialistischer Überzeugung und Klassenorientierung sich der neuen Partei nicht anschließen wollen. Zugleich sind sie unsicher, ob DIE LINKE wirklich ihre politische Heimat bleiben kann. Und für diese Zweifel gibt es gute Gründe. Deshalb steht der LINKEN die eigentliche Bewährungsprobe noch bevor: Kann sie sich zu einer sozialistischen Volkspartei mit einer Verwurzelung in der Welt der Arbeit entwickeln oder scheitert sie daran?

Der Klassenstandpunkt und die offenen Grenzen

Die erste bedeutende öffentliche Auseinandersetzung in der LINKEN fand im Zusammenhang mit der zeitweiligen Öffnung der Grenze zu Österreich für die Flüchtlinge 2015 statt. Teile der Parteiführung um Katja Kipping standen medial für die Forderung nach offenen Grenzen und Sahra Wagenknecht markierte den Gegenpol, dem Ressentiments nicht fremd waren. Der reale gesellschaftliche Konflikt, der die große Mehrheit der Bevölkerung umtrieb, wurde in der Partei DIE LINKE zum falschen Gegensatz. Gerade hier zeigte sich, wie recht Luxemburg hatte: Der Unterschied liegt »nicht in dem *Was*, wohl aber in dem *Wie*« (Luxemburg 1899: 400). Die eine Seite schien die Probleme von Migration zu ignorieren, den Sorgen der Lohnarbeitenden, die hier schon heimisch sind, gleichgültig gegenüberzustehen, der anderen Seite schien die Not der Flüchtenden ohne Gewicht zu sein.

Solche Gegensätze in der Linken erwachsen aus den Widersprüchen in den Einstellungen der lohnarbeitenden Klasse selbst. Befragt man die Bürgerinnen und Bürgern nach ihrem Verhältnis zu den verschiedenen Formen gesellschaftlicher Ungleich-

heit, so wird die Klassenkluft zwischen den Befragten offensichtlich: Jene, die sozial oder kulturell bessergestellt sind, messen der Ungleichheit von Einkommen und Vermögen deutlich weniger Bedeutung zu als jene, die schlechter gestellt sind. Bei den »Bessergestellten« stehen Ökologie, Geschlechtergerechtigkeit und Offenheit für Migration höher im Kurs. Und wenn es eine Frage gibt, bei der sich die, die schlechter gestellt sind, besonders einig sind (ob seit vielen Generationen in Deutschland heimisch oder erst in erster, zweiter oder dritter Generation hier lebend), so ist es der Widerstand gegen eine unregelte Migration (Lux et al. 2022). Diese Mehrheit der Lohnabhängigen ist insofern ausgesprochen klassenbewusst, weil sie weiß, was die Hauptwaffe der herrschenden Klassen gegen sie ist: die Konkurrenz auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, beim Bezug von Sozialleistungen, bei der Sicherung guter Bildung für ihre Kinder. Sie kennen den Zustand der Schultoiletten und Schuldächer, für die kein Geld da sein soll. Sie werden rausgeworfen aus Sozialwohnungen und – durch die Klage Bessergestellter auf Eigenbedarf – aus den (noch) günstigen Wohnungen. Diese Form von Klassenbewusstsein haben die neue Rechte, AfD und die faschistoide Rechte autoritär und nationalistisch gedreht. Das gleiche Klassenbewusstsein kann aber auch solidarisch nach links gewendet werden. Die erste und unverzichtbare Voraussetzung ist, man nimmt dieses Bewusstsein ernst.

Auf ihrem Parteitag im Juni 2018 hatte DIE LINKE mit sehr großer Mehrheit einen Beschluss gefasst, der ihr Selbstverständnis als »Partei in Bewegung« auf den Punkt bringen sollte. Dort heißt es unter anderem: »Wir wollen das Sterben im Mittelmeer und an den europäischen Außengrenzen beenden. Dafür brauchen wir sichere, legale Fluchtwege, offene Grenzen und ein menschenwürdiges, faires System der Aufnahme von Geflüchteten und einen Lastenausgleich in Europa.« (DIE LINKE 2018) Vielen in diesen beiden Sätzen und auch anderen Vorstellungen zu einer humanen Flüchtlingspolitik und Migration würde ein größerer Teil der Lohnarbeitenden zustimmen, nicht aber der Forderung nach »offenen Grenzen«. Die Wortbildung »offene Gren-

zen« ist ein Widerspruch in sich: Sind Grenzen offen, begrenzen sie nicht. Lange drückte sich DIE LINKE vor konkreten Vorschlägen, die die Widersprüche von Migration hätten thematisieren müssen. Man verließ sich, wie auch heute immer wieder, eher auf abstrakte Moral. Ein Migrationskonzept wurde zu spät nachgereicht und nie mit Leben gefüllt.

Christoph Spehr, Landesvorsitzender der LINKEN in Bremen, brachte das Wesen der Forderung nach »offenen Grenzen« in einem Artikel für die Zeitschrift der Rosa-Luxemburg-Stiftung, *LuXemburg*, unter dem Titel »Grenzenloser Pragmatismus« als utopischen Anspruch auf den Punkt: als »Freie Migration« habe es sie schon immer gegeben. Er vergisst nur, dass es immer regulierte Migration war, für bestimmte Gruppen und Länder, nur auf Zeit und bei Sicherung der Grenzen. Es ist nicht wirklich überzeugend, jenen, die in völlig unregelter, sprich: freier Migration über »offene Grenzen« eine Bedrohung sehen, zu sagen: »Auch im nichtqualifizierten Bereich ist der Druck, der von zuwandernden Arbeitskräften auf einheimische Beschäftigte und Arbeitssuchende ausgeht, [...] letztlich sehr gering oder gar nicht vorhanden.« (Spehr 2018) Selbst, wenn dies heute, bei stark eingeschränkter Migration, der Fall wäre, so wäre es bei wirklich »offenen Grenzen« auf den Märkten von Arbeit, Wohnen, Bildung, Gesundheit usw. auf keinen Fall so. Der Horizont des »Grenzenlosen« nimmt die realen Sorgen nicht ernst und entwertet in fataler Weise zugleich die konkreten Vorschläge der LINKEN für eine humane Flüchtlings- und pragmatisch-konstruktive Migrationspolitik. Nicht zu fragen, in wessen Interesse eine ungehinderte Zirkulation der Ware Arbeitskraft zwecks Ausbeutung liegt, beweist die Entfernung von linken Grundsätzen, dieser Ausbeutung Grenzen zu setzen. Nicht der Einsatz für die Geflüchteten war falsch, sondern *wie* dies in der LINKEN teilweise thematisiert wurde.

Die lohnarbeitende Klasse lebt in den Widersprüchen der durch die kapitalistische Konkurrenz geprägten Märkte und Arbeitswelten, auf denen sie die Schwächeren sind. Sie sehen in »offenen Grenzen« eine Strategie weiterer ökonomischer und

kultureller Abwertung. Die Linke arbeitet durchaus daran, ausgehend von *diesen* Verhältnissen und *diesem* bewussten Sein Ansätze konkreter solidarischer Politik zu entwickeln. Zugleich führten Teile der Linken und in der LINKEN die eigene, oft sehr gute Politik konkreter Hilfe entweder durch die Phrase von den offenen Grenzen oder durch die Bestätigung von Ressentiments gegen die Flüchtenden ad absurdum. Sie schufen falsche Gegensätze, die auseinandertreiben und spalten, was zusammengehört. Die Entfremdung der LINKEN von der lohnarbeitenden Klasse konnte seitdem bundesweit nicht wieder überwunden werden.

Mit der Auseinandersetzung um die Migrationspolitik begann die Spaltung in der LINKEN und nahm die symbolträchtige Abkehr der lohnarbeitenden nichtakademischen Klasse und der Gewerkschaftsmitglieder von dieser Partei Fahrt auf. Am Ende wurde klar: Die Partei DIE LINKE hatte 2015/16 bei dem wichtigsten Großkonflikt nach der Eurokrise völlig versagt. Das nächste Versagen kam mit der Corona-Pandemie. DIE LINKE konnte sich nicht entschließen, zugleich eindeutig liberale Freiheitsrechte zu verteidigen, gegen nicht hinreichend begründete Eingriffe des Staates Einspruch einzulegen und einem anti-wissenschaftlichen Duktus zu widerstehen (siehe dazu den Artikel »Was tun in Zeiten des Krieges« in dieser Flugschrift). Wieder war diese Partei auf Bundesebene für die Bürgerinnen und Bürger nicht zu gebrauchen.

Die Kritik imperialer Geopolitik und die neuen Kriege

Die endgültige Spaltung der LINKEN war Resultat jener Auseinandersetzungen, die sich nach dem Beginn des großen Krieges in der Ukraine Bahn brachen. Im Was waren die Differenzen innerhalb der Partei überschaubar und graduell, im Wie aber gingen sie wieder fundamental auseinander. Die Führung der Partei unter Janine Wissler und Martin Schirdewan übernahm das herrschende Narrativ, dieser Krieg sei seinem Wesen nach ein »verbrecherischer Angriffskrieg Russlands«, so im Beschluss des Erfurter Parteitags im Juni 2022 (DIE LINKE 2022). In der Folge war jeglicher Kritik an der Aufrüstung in NATO,

EU und Deutschland, aller Ablehnung von Waffenlieferungen und Begrenzung von Sanktionen der imperialismuskritische Zahn gezogen. Wieder versagte die Partei DIE LINKE und wieder bei einem Konflikt, der für große Teile der Bevölkerung von zentraler Bedeutung ist. Als Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht für Februar 2023 eine Demonstration vor dem Brandenburger Tor anmeldeten, um gegen Waffenlieferungen an die Ukraine und für sofortige Verhandlungen einzutreten, wurden sie in einer beispiellosen Kampagne aus Teilen der Führung der LINKEN beschuldigt, gemeinsame Sache mit Faschisten zu machen. Das war öffentlich inszenierter Schwester- und Brudermord. Dies spaltete zugleich die eigene Anhängerschaft endgültig.

Der Ukraine-Krieg ist vor allem aus der Ostexpansion der NATO und der sich damit verändernden Sicherheitslage und -wahrnehmung eines autoritärer werdenden Russlands zu erklären. Es kann doch niemand glauben, dass die USA 2008 bei der NATO-Sitzung das Ziel von Frieden und gemeinsamer Sicherheit verfolgten, als sie folgenden Beschluss mit Bezug auf die Ukraine und Georgien durchdrückten: »Wir kamen heute überein, dass diese Länder NATO-Mitglieder werden.« (Wikipedia 2024) Ganz klar wurden die wichtigsten Ziele der USA von Experten ihres Transatlantic Council 2021 formuliert: »– Bewahrung der kollektiven wirtschaftlichen und technologischen Überlegenheit [der USA – M.B.]; – Schutz des globalen Status des US-Dollars; – Aufrechterhaltung einer überwältigenden konventionellen militärischen Abschreckung und Verhinderung einer unannehmbaren Verschiebung des strategischen nuklearen Gleichgewichts« (Anonymous 2021).

Man konnte es schon bei Zbigniew Brzezinski (und natürlich bei den deutschen imperialistischen Vordenkern) nachlesen: »Der springende Punkt ist, und das darf man nicht vergessen: Ohne die Ukraine kann Russland nicht zu Europa gehören« (Brzezinski 1999: 178). Schon 1997 warnten führende Sicherheitspolitiker der USA in einem Brief an den damaligen Präsidenten Clinton: »Wir Unterzeichner sind der Auffassung, dass die gegenwärtigen, von den USA angeführten Bemühungen, die NATO auszuweiten,

wie sie im Brennpunkt der jüngsten Gipfeltreffen von Helsinki und Paris standen, einen politisch-strategischen Fehler von historischem Ausmaß darstellen. Wir glauben, dass die NATO-Erweiterung die Sicherheit der Alliierten verringern und die europäische Stabilität [...] gefährden wird« (McNamara et al. 1997).

Es ging und geht beim Ukraine-Krieg um globale Machtprojektion, so stupid, und dies von beiden Seiten, nur sah sich der Westen in der Offensive und drückte Russland immer weiter in die Ecke. Eine solche Machtprojektion kann sich widerrechtlich in Putschversuchen, Elitenkauf, Manipulation oder offenem Krieg ausdrücken, wobei letzteres oft die Waffe derjenigen ist, die keine anderen Mittel mehr sehen – Ultima Ratio eben. Die Völker in der Ukraine und in Russland sind die Opfer dieser Politik. Seit über zwei Jahren findet das Morden kein Ende. Es wird gespeist mit immer neuen Waffen und Menschenopfern. Die Verwüstung der Länder, der menschlichen Leiber und Seelen hört nicht auf. Anstelle Natur zu retten, findet eine ökologische Katastrophe statt. Und zu allem Hohn: Als Kollateralschaden verlor die EU möglicherweise dauerhaft jede Fähigkeit zu strategischer Autonomie gegenüber den USA in den sich anbahnenden neuen Großkonflikten. Das Maß der Unterstützung der Ukraine beginnt die Grenze hin zu unmittelbarer Kriegsbeteiligung zu überschreiten. Der Einsatz nuklearer Waffen ist dann nicht mehr ausgeschlossen.

Es ist ein Todesurteil für jede Linke, wenn sie eines nicht begreift: Sie kann sich nicht auf die Seite derer stellen, die die globale Hegemonie der USA verteidigen. Genauso wenig kann sie *jede* Form des Kampfes gegen diese Hegemonie befürworten. Sie muss das Knäuel entwirren und in der Lage sein festzustellen, welcher Widerspruch in einem konkreten Konflikt oder Krieg der bestimmende ist und welcher der untergeordnete. Davon ausgehend muss sie für Frieden wirken. Denn ohne Frieden, da hatte Willy Brandt, der erste Bundeskanzler aus der SPD, recht, ist alles nichts.

Der Ukraine-Krieg ist vor allem Resultat und Ausdruck einer interimperialen Auseinandersetzung, die die proklamierte Politik gemeinsamer Sicherheit abgelöst hat. Nur so konnte er entstehen, nur so konnten die weit vorangetriebenen Verhandlungen

gen in Istanbul im März 2022 zum Scheitern gebracht werden, nur so kann die beispiellose Aufrüstungs- und Waffenlieferungswelle erklärt werden. Dieser Krieg wird nur im Rahmen von Verhandlungen beendet werden, wobei die Forderung nach Frieden immer lauter wird, auch in Russland und der Ukraine, zu wenig noch in Deutschland und der EU. Es muss eine neue Grundlage für *gemeinsame* Sicherheit *mit* Russland gefunden werden.

Wieso können Teile der deutschen LINKEN derart hinter die Einsichten der großen Mehrheit der Weltbevölkerung bezogen auf den Ukraine-Krieg zurückfallen? Sind sie wirklich in einem solchen Maße schon benebelt vom Opium der »westlichen Wertegemeinschaft«, dass sie dahinter die harte Faust des Strebens nach Aufrechterhaltung der Vorherrschaft der USA nicht mehr sehen? Solange die LINKE das Narrativ der Herrschenden übernimmt und im Ukraine-Krieg vor allem den Angriffskrieg Russlands sieht und nicht die geopolitische interimperiale Konfrontation ins Zentrum stellt, wird sie nicht fähig sein, den eigenen Hauptgegner, die Regierungen und Oligarchien im eigenen Land, hart anzugreifen und auf eine neue Entspannungs- und Friedenspolitik zu drängen. Erst dann aber wird sie gebraucht.

Sozialismus als Orientierung und Tagesaufgabe

Liest man sich das Europawahlprogramm der LINKEN durch, so fällt auf, dass das Wort Sozialismus zur bloßen Worthülse geschrumpft ist und auf 96 dicht bedruckten Seiten nur zwei Mal verwendet wird. Es hat keinerlei orientierende Funktion. Dabei hatten sich die beiden Quellparteien der LINKEN, PDS und WASG, nach 2005 auf den sozialistischen Charakter der neuen gemeinsamen Partei verständigt. 2011 wurde mit übergroßer Mehrheit von 96,9% der Parteitage delegierten und 95,8% der an der Abstimmung teilnehmenden Parteimitglieder das Programm der neuen Partei bestätigt. Schon der erste Satz des Programms bestimmt die Partei als »sozialistische Partei«. Als Ziel werden in der Präambel ein »Systemwechsel« und der »demokratische Sozialismus« genannt. Gegenwärtig jedoch ist dieser sozialistische Charakter völlig in den Hintergrund getreten.

In der ersten Welle des Sozialismus, des Sozialismus des 19. Jahrhunderts, wurde die Idee des Sozialismus, wurden geistige, politische wie soziale Bewegungen und Experimente des Sozialismus hervorgebracht. Seine Basis waren Teile der Arbeiterbewegung und die sozialistisch orientierte Intelligenz. Mit der zweiten Welle des Sozialismus nach dem Ersten Weltkrieg wurde der Sozialismus zu einer weltgeschichtlichen Kraft, die sich in kommunistischen Revolutionen, großen sozialdemokratischen Reformprojekten, sozialistisch orientierten nationalen Befreiungsbewegungen und Teilen der Friedensbewegung manifestierte. Die Sowjetunion und ihre Verbündeten konnten der Falle von politischer Unterdrückung Andersdenkender und Stagnation nicht entkommen, der Sozialdemokratie gelang kein Durchbruch zu einer demokratischen Überwindung des Kapitalismus und die sozialistisch orientierten nationalen Befreiungsbewegungen konnten sich nicht dauerhaft konsolidieren.

Noch steht aus, ob sich eine dritte Welle des Sozialismus formiert. Chinas Führung wie auch die Vietnams nehmen für sich in Anspruch, einen neuen Ansatz gefunden zu haben – den chinesischen oder vietnamesischen Weg. In Lateinamerika ist es zu neuen Aufbrüchen gekommen, die jetzt stagnieren oder ganz zerstört sind. Kubas Situation wird von vielen als ausweglos bezeichnet. Die Projekte von Sanders und Corbyn konnten sich nicht durchsetzen, haben aber Spuren hinterlassen. Krise folgt auf Krise, Krieg folgt auf Krieg im ausgehenden neoliberalen Zeitalter. Göran Therborn verweist in diesem Zusammenhang auf die Stärke des Sozialismus der zweiten Welle: »[...] die empirisch grundsätzlich richtige Überzeugung vom dialektischen Charakter kapitalistischer und kolonialer Ausbeutung gab der Linken des 20. Jahrhunderts, der reformistischen wie der revolutionären, eine langfristige Perspektive und ein widerstandsfähiges kollektives Selbstvertrauen, das auch die schlimmsten Zeiten überdauern konnte. Zur Linken zu gehören bedeutete, den Horizont des Sozialismus als realistische Zukunftsperspektive zu sehen.« (Therborn 2023: 21) Dies fehlt heute.

Eine Linke, ob als gesellschaftliche, politische oder kulturelle Kraft, kann im Kapitalismus nicht auf die sozialistische Orientie-

rung verzichten. Innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise können durch Kampf Ungleichheitsverhältnisse abgemildert werden. Fortschritte in Richtung einer CO₂-ärmeren Wirtschaft sind möglich. Was im Rahmen dieser Produktionsweise aber nie gelingen kann, ist die Dominanz der Kapitalakkumulation über die Wirtschaft und die Dominanz einer solchen Wirtschaft über die Gesellschaft und ihre Naturverhältnisse zu überwinden. Diese Dominanz ist Klassenherrschaft jener Oligarchie, die die Kapitalakkumulation kontrolliert (Dellheim 2014), die Gesamtreproduktion der Gesellschaft an deren Zwängen ausrichtet und sich dazu des Staates und seiner Apparate bedient. Oder wie Erik Olin Wright schreibt: »[...] der Kern dessen, was den Kapitalismus zu einer schädlichen sozialen Struktur macht, [ist] seine Klassenstruktur« (Wright 2023: 60).

Eine sozialistische Identität ist für die heutige Linke auch deshalb überlebenswichtig, weil sie nur so die innere Kraft und Substanz haben kann, sich nicht geistig, moralisch und politisch dem liberalen kapitalistischen Mainstream zu unterwerfen. Wird diese Identität aufgegeben, geht es von Fall zu Fall bis hin zum Umfallen. Linksliberale Formeln, die die Widersprüchlichkeit der realen Klassenverhältnisse, die gegebenen Machtverhältnisse, die Strategien der Herrschenden zum Verschwinden bringen, sind eine Botschaft an die Klasse der Lohnabhängigen: Wir nehmen Euch nicht ernst, uns ist nicht zu trauen.

Luxemburgs Konzept revolutionärer Realpolitik hat darin ihren Mittelpunkt, dass jeder Einsatz für Reformen im Kapitalismus so erfolgen muss, dass jene Ansätze gestärkt werden, die über den Kapitalismus hinausweisen – sei es als Nischen, als alternative Logiken und vor allem als reale Bewegungen mit kapitalismuskritischen Einsichten (Wright 2017: 375–396). Dies macht den fundamentalen Unterschied zwischen liberaler (bürgerlicher) und sozialistischer Reformpolitik aus. Der Faschismus erstarkt, wenn eine liberale Politik nicht mehr in der Lage ist, in der Krise einer kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft Sicherheit, sozialen Zusammenhalt, Beteiligung der lohnarbeitenden Klasse am Wohlstand zu gewährleisten. Es bleibt bei Max Hork-

heimers Einsicht: »Wer [...] vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.« (Horkheimer 1988: 308f.)

Klaus Dörre hat in dem schon zitierten Werk »Die Utopie des Sozialismus« aufgezeigt, was es heißt, Sozialismus heute als »Kompass für die Nachhaltigkeitsrevolution« im Sinne der Umsetzung der 17 Ziele der Vereinten Nationen zu verstehen. Dieter Klein hat im gleichen Geist das Konzept einer doppelten Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus entwickelt (Klein 2013a). Es geht dabei einerseits um die elementaren Güter menschlicher Sicherheit und Freiheit für jede und jeden, vor Ort und global: Nahrung und Wasser, Gesundheitsvorsorge und Bildung, gute Arbeit und gute Pflege, Mitsprache und eine gewaltfreie Umwelt und Frieden. Und andererseits geht es um die gemeinschaftlichen Grundlagen eines solchen Lebens: eine reiche und intakte Natur, die sozialen Systeme, die die genannten Freiheitsgüter bereitstellen, ein Finanzsystem, das einer nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft dient, regionale und globale Systeme der gemeinsamen Sicherheit und solidarischen Entwicklung. Die Liste ließe sich fortsetzen. Genau dies ist der so überlebenswichtige Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Er stellt eine Gesellschaft dar, in der die Freiheitsrechte der Einzelnen *und zugleich* die gemeinschaftlichen Rechte Aller dauerhaft gesichert werden. Dazu aber braucht es Demokratie. Wieso sollten Bürgerinnen und Bürger Windrädern zustimmen, wenn sie an den Einnahmen nicht beteiligt sind, bei ihrem Aufbau nicht mitsprechen dürfen? Wie soll der klimaschützende Umbau der Wirtschaft und Gesellschaft gelingen, wenn er als Bedrohung der Arbeiterinnen und Arbeiter in den Betrieben oder der Mieterinnen und Mieter daherkommt? Wie kann der Pflegenotstand beseitigt werden, wenn privatisiert und auf Niedriglohn gesetzt wird? Es ist gerade die Demokratie, die das Wie ausmacht. Vom Eigentum hängt es ab, wer in wessen Interesse was entscheidet. Indem man die Demokratiefrage sozialistisch stellt, stellt man zugleich die Eigentumsfrage.

Ein Sozialismus des 21. Jahrhunderts steckt voller Widersprüche. Er zeigt dann seine Stärke, wenn es ihm gelingt, die antagonistische Bearbeitung der Widersprüche im Kapitalismus durch

ihre solidarische Vermittlung abzulösen. Nicht mehr Entwicklung der Wenigen auf Kosten der Vielen und der zukünftigen Generationen, sondern Entwicklung vor allem der heute Benachteiligten, Ausgebeuteten, Entrechteten und die gemeinsame Entwicklung aller ist das Ziel (siehe zu einem solchen Sozialismusverständnis Brie 2022). Dazu aber müssen die Vormacht der Kapitaloligarchien und ihrer staatlichen Helfer und die Dominanz der Kapitalakkumulation überwunden werden. Hier liegt die wirkliche Kampffront. Genau diese verdecken linksliberale Ansätze, die die Rechte der Einzelnen und einzelner Staaten, nicht aber die Menschen und Staaten in ihren realen Verhältnissen zum Ausgangspunkt nehmen. Sie beginnen nicht mit den Nöten von Menschen in den realen Klassenverhältnissen, sondern propagieren widerspruchsfreie liberale Utopien. Im Krisen- und Katastrophenkapitalismus wird Sozialismus zur Tagesaufgabe – als Vorbereitung, als Lernprozess, als Schaffung konkreter Beispiele, als Stärkung sozialistischer Organisation und als Entwicklung der Fähigkeit, wenn nötig mit »festem Zugriff« einen Richtungswechsel herbeizuführen.

Sozialistische Volkspartei oder linker Flügel des liberalen Mainstreams

Von Mao Zedong kam die Einsicht, dass nur der erfolgreich die Herrschenden besiegen kann, der wie ein Fisch im Volke schwimmt, dessen Sprache spricht und ihm dient. Linke Politik mit sozialistischer Orientierung ist nur möglich, wenn ihre Akteure in der Gesellschaft und ihren Herrschafts- und Vergesellschaftungszusammenhängen ausgehend von den Interessen der lohnarbeitenden Klasse agieren und sich bemühen, diesen eine linke, eine sozialistische Orientierung zu geben. Nur dies bewahrt linke Politik davor, zum wohlmeinenden Teil des liberalen Mainstreams zu werden und damit die Herrschaftsverhältnisse zu zementieren.

Eigentlich sind die Bedingungen dafür gut. Krise folgt auf Krise und ballt sich zusammen zur Großkrise. Kein Wunder, dass auch DIE LINKE ein beträchtliches Potenzial an Wäh-

lerinnen und Wählern hat. Wie Mario Candeias auf der Basis einer repräsentativen Umfrage feststellt: Die »stärker weibliche und migrantische Arbeiter*innenklasse« sieht »zumindest in Teilen potenziell ihre Interessen, Einstellungen und Forderungen in der Partei Die Linke repräsentiert [...]. Im linken Wähler*innenpotenzial finden sich vor allem untere und mittlere Einkommensgruppen der lohnabhängigen Klasse – dort ist Die Linke am stärksten. Nach wie vor gilt: Je geringer das Einkommen, umso größer ist das Potenzial, links zu wählen: Von den befragten Haushalten mit einem Nettoeinkommen bis 1.500 Euro wären 27% bereit, Die Linke zu wählen, bei Haushalten mit einem Nettoeinkommen von 1.500 bis 2.500 Euro sind es 23%.« (Candeias 2023: 5) Das ist die gute Nachricht.

Die absolut schlechte Nachricht ist, dass die Partei DIE LINKE es weniger als fast jede andere Partei vermag, dieses vorhandene Potenzial an Wählerinnen und Wählern auszuschöpfen. Darüber können auch die Ergebnisse in urbanen Hochburgen nicht hinwegtäuschen. Candeias überschreibt seinen Artikel mit der These: »Hat die LINKE die ›Arbeiter‹ verloren? Nein, eigentlich nicht.« Aber erstens stimmt das nicht: Sie hat gemessen an den Wahlergebnissen zwischen 2005 und 2017 massiv gerade bei den Arbeiterinnen und Arbeitern verloren. Und zweitens und schlimmer: Das wirkliche Problem der LINKEN ist, dass sie die Arbeiterinnen und Arbeiter nicht neu gewonnen hat, obwohl dies objektiv möglich gewesen wäre, wie das Potenzial zeigt.

Die Hauptursache dafür ist das dargestellte Versagen in allen Großkonflikten. DIE LINKE (jenseits von Sahra Wagenknecht) hat es nicht vermocht, die ungeheure Unzufriedenheit gegen die herrschende Politik glaubwürdig zu repräsentieren. Sie wich immer wieder zurück und erschien als links-wohlmeinender und zugleich fast völlig ohnmächtiger, einflussloser Teil des liberalen Blocks. Die lohnarbeitende Klasse sieht sich von links im Stich gelassen. DIE LINKE hat für sie keinen Gebrauchswert. Das wiederholt die Situation der PDS 2001/02, nur jetzt bundesweit (siehe dazu die Analyse der Lage der PDS in Brie 2003). Wieso

aber konnte es dazu kommen? Die entscheidende Ursache ist der Zustand der Partei selbst.

Heute kommt die übergroße Mehrheit jener, die sich in der LINKEN engagieren, aus den akademischen Mittelschichten. Die Trägergruppen von PDS und WASG sind buchstäblich alt geworden oder haben die Partei verlassen. Große Teile der weitgehend neuen Mitgliedschaft der LINKEN sind aktiv in Bewegungen gegen die extreme Rechte und den neuen Faschismus, gegen die Klimakatastrophe oder die Privatisierung von Wohnraum, setzen sich ein für den Nulltarif im ÖPNV oder ein bedingungsloses Grundeinkommen. Hier wurden sie geprägt und prägen nun DIE LINKE. Das könnte eine wirkliche Stärke sein, wenn die akademischen Mittelschichten ihre besondere Verantwortung gegenüber der lohnarbeitenden Klasse jenseits des eigenen Milieus wahrnehmen würde (siehe die erhellende Kritik durch Christian Baron 2016). Die Linke wird nur dann zu einer gesellschaftsverändernden Macht, wenn es ihr gelingt, ein Bündnis der wachsenden akademischen Gruppen und der lohnarbeitenden Klasse in ihrer ganzen Breite herzustellen. Es geht nicht um einen wohlmeinenden Paternalismus gegenüber den Lohnabhängigen, der deren Interessen, Sichtweisen, Kultur und Sprache nicht ernst nimmt, sondern darum, dass genau diese Interessen der Ausgangspunkt und Anker der Politik sind und sich auch auf der Führungsebene der Partei darstellen. Jene, die durch Bildung und Einstellung das Privileg haben, sich links engagieren zu können, müssen sich in den Dienst jener stellen, die mit größeren Hindernissen konfrontiert sind und zu ihrer Stärkung beitragen, von ihnen lernen, sich mit ihnen *gemeinsam* organisieren. In der Krise der PDS und bei der Entstehung der LINKEN habe ich einen solchen Ansatz als solidarisches Mitte-Unten-Bündnis bezeichnet und sehe dies auch heute noch als strategische Schlüsselfrage (Brie 2007; Brie/Hildebrandt 2015). Dieses Bündnis braucht dringend eine parteipolitische Organisationsform und eine Verankerung in der lohnabhängigen Klasse selbst. Die dafür notwendige Parteientwicklung ist nach 2007 ausgeblieben.

Lenin schrieb in seiner Programmschrift »Was tun?«: »Gebt uns eine Organisation von Revolutionären, und wir werden Russland aus den Angeln heben!« (Lenin 1902: 483) Dies klingt wie aus einer anderen Welt. Es ist aber weit mehr als nur ein Körnchen Wahrheit darin. Während die Aufbrüche von unten in den letzten Jahrzehnten immer wieder versanden, sind es die gut organisierten Herrschenden, die in der Lage sind, mit jähen Wendungen hin zum Neoliberalismus und zur imperialistischen Zeitenwende ihre Ziele durchzusetzen.

DIE LINKE muss sich strategisch wie organisatorisch-ethisch erneuern oder sie geht endgültig unter. Auf das Wie wird es ankommen. Es lohnt dabei immer noch, auch auf die Erfahrungen der PDS nach ihrer Wahlniederlage 2002 zurückzugreifen (Chrapa 2003). Die Kampagne »DIE LINKE hilft« ist ein wichtiger Ansatz, wieder zur Kümmererpartei zu werden, ganz praktisch da zu sein für Menschen in Not (DIE LINKE 2024). Auch vor Überlegungen, die Einkommen von Abgeordneten und Funktionären zu kappen, wie es die KPÖ in Graz seit langem vormacht, sollte nicht zurückgeschaut werden (Walter 2023). Die belgische Partei der Arbeit hat eine Quote für Arbeiterinnen und Arbeiter eingeführt bei der Wahlaufstellung. Es wurden Betriebsgruppen aufgebaut. Wie der Europaabgeordnete Marc Botenga sagt: »Man muss die Sprache der Leute sprechen. Man muss in den Betrieben präsent sein, man muss in den Arbeitervierteln sein. Mit den Mitgliedern reden und zuhören. Einfach zuhören. Die traditionellen Parteien machen das nicht mehr.« (Botenga 2023) Es geht also vorrangig darum, diese ehemals selbstverständlichen Anforderungen an eine Linke und an die LINKE zu formulieren, damit sie gestaltend eingreifen kann in die Kriegs- und in andere Klassenauseinandersetzungen. Welche der vielen Anregungen, die in der Diskussion sind, auch aufgegriffen werden: Der LINKEN geht es zurzeit wie dem griechischen Halbgott Antäus, der von Herkules besiegt werden konnte, weil er den Kontakt zu seiner Mutter, der Erde, verlor. Von der Frage, ob es gelingt, die Erdung der politischen Linken in der lohnarbeitenden Klasse wieder herzustellen, glaubwürdig den Grundkonflikt

mit den Herrschaftsverhältnissen im Kapitalismus und Imperialismus auszudrücken und den Sozialismus als Orientierung in die alltägliche politische Arbeit einzubauen, hängt die Zukunft der LINKEN ab. Vielleicht ist das Engagement dafür einer der Wege, um nicht der Verzweiflung anheimzufallen.